

Wissenschaft als politischer Beruf: Die Sustainable Development Goals als realistische Utopie

Henning Hahn, Robert Lepenies

Was sollte die unterstützende Rolle von Wissenschaftlerinnen im Post-2015-System sein? Ist es überhaupt zulässig, dass sich Wissenschaftler in dieser Weise engagieren und offen für bestimmte Werturteile einstehen?

In unserem Beitrag fragen wir zunächst nach der Zulässigkeit und den Motiven für wissenschaftliches Engagement (1). Klarer Weise liegt hier ein Spannungsverhältnis vor: Die Methode der Sozial- und Geisteswissenschaften zeichnet sich durch ihre Neutralität gegenüber politischen Werturteilen aus. Andererseits gibt es durchaus auch normative Ansätze, die überzeugende Argumente für ein Engagement von Akademikerinnen liefern, insbesondere wenn es um Gerechtigkeitsfragen geht – und die Themen Weltarmut und Nachhaltigkeit sind für uns Teil eines globalen Gerechtigkeitsproblems. Sichtbares Beispiel für einen Ansatz, der die moralische Verantwortung von Akademikerinnen betont, ist der Effektive Altruismus (EA) (2). Wir begrüßen EA prinzipiell, zeigen aber zwei Schwachstellen auf, die besonders in Bezug auf die Einordnung der SDG von Relevanz sind: die immer wieder monierte Unsensibilität für politisch-institutionelle Lösungen und ein zu positivistisches Wissenschaftsverständnis. EA begreift Weltarmut als ein Problem, das monomethodisch und vorrangig auf individualistischer Ebene gelöst werden kann. Dagegen setzen wir das Bild eines institutionellen Kosmopolitismus, der ein politisches, methodisch vielschichtiges und gesamtgesellschaftliches Engagement fordert (3). In diesem Bild sind die SDG nicht bloß Gegenstand nichtidealer Anwendungsfragen (4). Im Gegenteil, für uns sollte der SDG-Prozess als ein bahnbrechender Schritt im Rahmen der realistischen Utopie einer einigermaßen gerechten globalen Gesellschaftsstruktur angesehen werden (5). Wissenschaftlerinnen aller Disziplinen haben eine erhebliche Verantwortung, sich an dieser Entwicklung zu beteiligen.

1. Wissenschaft und politisches Engagement

Worin liegt die Verantwortung von Wissenschaftlerinnen bei der Durchsetzung der 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung? Glaubt man dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, so fällt der Wissenschaft eine »tragende Rolle im Entwicklungsprozess« der SDG-Ziele zu.¹ Ihre Mitarbeit scheint vor allem deshalb geboten, weil die »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« laut BMZ als »Weltzukunftsvertrag« bezeichnet werden muss.

Darum widmen wir uns hier zunächst der Grundsatzfrage nach der politischen Verantwortung von Wissenschaftlerinnen. Dürfen sich Wissenschaftler in die Tagespolitik einmischen? Oder müssen sie es sogar – besonders, wenn es um gewichtige »Weltzukunftsverträge« geht? Der *locus classicus* für solche Fragen findet sich bei Max Weber.² Nach Weber gilt gerade für Sozialwissenschaftler, dass politische Aktivitäten und wissenschaftliche Argumentation klar voneinander zu trennen sind. Zwar behandelt ihre Arbeit soziale und politische Werte, aber daraus ergibt sich gerade nicht, dass sie selbst normative Schlussfolgerungen ziehen sollten. Die Sozialwissenschaft versucht, die Handlungsgründe von Menschen allein beschreibend zu verstehen. Vertreten Wissenschaftlerinnen trotzdem praktische Wertaussagen, dann sind ihre Stellungnahmen privat und unwissenschaftlich.³ Knapp hundert Jahre nach den Aufsätzen Webers kann man sagen, dass sich die Trennung von Beschreibung und Bewertung in den Sozialwissenschaften durchgesetzt hat.

1 https://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/2030_agenda/millenniums-ziele/deutscher_beitrag/index.html

2 Webers Überlegungen zur Trennung von Bewertung und Beschreibung gaben der Disziplin der Sozialwissenschaft erst ihre Kontur, siehe zum Beispiel Webers Ausführungen in »Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis« (1904) und »Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften« (1917).

3 In Webers Augen ist ein Wertepluralismus – the fact of pluralism, um es mit Rawls zu sagen – zentral in jeder Gesellschaft. Weber geht in »Wissenschaft als Beruf« aber noch weiter und behauptet, dass das Erlangen einer »normativen Wahrheit« durch Wissenschaft ausgeschlossen ist. Dies sei »prinzipiell deshalb sinnlos, weil die verschiedenen Wertordnungen der Welt in unlöslichem Kampf untereinander stehen.« (1994, 16)

Das Bild einer gänzlich wertfreien Wissenschaft lässt sich allerdings nicht aufrechterhalten.⁴ So haben sich in den Sozialwissenschaften Teildisziplinen herausgebildet, in denen Werturteile nicht nur reflektiert und auf Kohärenz überprüft, sondern auch aufgestellt und verteidigt werden: Dies geschieht insbesondere in der politischen Theorie, aber auch in der Rechtstheorie und in Teilen der pluralen Ökonomik. Die anhaltende Reflexion über wissenschaftliche Praxis hat gezeigt, dass Wertneutralität nicht möglich und vielfach auch nicht wünschenswert ist. Wie also sollen sich politische Philosophinnen, deren Disziplin selbstbewusst mit der eigenen Normativität umgeht, zum politischen Tagesgeschäft äußern?

Kürzlich hat Bas van der Vossen (2015) einen streitbaren Essay vorgelegt, in dem er argumentiert, es sei moralisch geboten, dass sich Philosophen aus politischen Fragen heraushalten. Van der Vossen fordert eine strikte Arbeitsteilung zwischen Aktivisten und Akademikerinnen:

»I am urging, then, for a division of labor. It is the job of political philosophers to find out the correct principles for politics. It is the job of activists to implement these. The focus of each should be firmly on their respective tasks. Activists should not produce political philosophy but consume it. Philosophers should produce political philosophy worth consuming.«⁵ (p. 1055)

Die Aufgabe des Philosophen – und anderer Wissenschaftlerinnen, die sich mit sozialen Herausforderungen beschäftigen – sei es, nach Wahrheit zu streben, und zum Beispiel fundierte Gerechtigkeitsprinzipien zu bestimmen. Werden Philosophinnen parteiisch, so wird der Prozess dieser Wahrheitsfindung verunreinigt und kann nicht mehr garantiert werden. Sehr ähnlich hieß es schon bei Weber:

»Aber Politik gehört allerdings auch nicht dahin [in den Hörsaal] von seiten des Dozenten. Gerade dann nicht, wenn er sich wissenschaftlich mit Politik befasst, und dann am allerwenigsten. Denn praktisch-politische Stellungnah-

4 Weber karikiert dies: »Die Gedankengebilde der Wissenschaft sind ein hinterweltliches Reich von künstlichen Abstraktionen, die mit ihren dünnen Händen Blut und Saft des wirklichen Lebens einzufangen trachten, ohne es doch je zu erhaschen.« (1994, 11)

5 Eine andere Arbeitsteilung vertritt Lea Ypi (2011). Sie ist der Auffassung, dass politische Theorie selbst politisch aktiv sein muss. Für die Verwirklichung von Gerechtigkeitsidealen in der Gesellschaft braucht es einen Brückenschlag zwischen »activist theory« und der Avant-Garde – also jenen gesellschaftlichen Gruppen, die es schaffen können, politischen Wandel voranzutreiben. Wissenschaftlerinnen nehmen Einfluss auf die öffentliche Meinung und helfen der Avant-Garde bei der Problemdiagnose und der Artikulation politischer Forderungen.

me und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei.« (1992: 5)⁶

Robert Jubb und A. Faik Kurtulmus (2012) haben hier argumentiert, dass sich das Ideal der Wahrheitsfindung in vielen Fällen höheren Zielen unterordnen muss.⁷ Führt beispielsweise das Verkünden einer bestimmten wissenschaftlichen Erkenntnis zur stark erhöhten Wahrscheinlichkeit, dass gesellschaftliche Ungerechtigkeit produziert würde, so ist ein Wissenschaftler berechtigt, die Forschung nicht öffentlich zu machen. Zwar gibt es eine professionelle Verantwortung von Akademikerinnen gegenüber ihrem Fach, aber gleichzeitig gibt es Gerechtigkeitspflichten, die professionelle Pflichten aufwiegen. Professionelle akademische Verantwortung ist also nicht absolut.⁸

6 Weber schreibt hier: »Wenn jemand ein brauchbarer Lehrer ist, dann ist es seine erste Aufgabe, seine Schüler unbequeme Tatsachen anerkennen zu lehren, solche, meine ich, die für seine Parteimeinung unbequem sind; und es gibt für jede Parteimeinung – z.B. auch für die meinige – solche äußerst unbequeme Tatsachen.« (1994, 16)

7 Natürlich gehört unlautere Parteilichkeit nicht in den Hörsaal. Die Frage nach tatsächlichen und wünschenswerten Normen in der Wissenschaft (Merton, 1979) wird heute in der Wissenschaftsphilosophie zunehmend durch die Abwägung gesellschaftlicher Auswirkungen verbunden. So sieht es etwa Philip Kitcher (2003), der sagt, dass Wissenschaft immer in einem bestimmten unterstützenden Verhältnis zur Gesellschaft stehen muss, das er *well-ordered* nennt. Hier geht es darum, welche Prioritäten Wissenschaftler in der Forschung setzen: Kitchers Antwort darauf ist ein Modell der hypothetischen demokratischen Deliberation darüber, *welche* Forschung sich in *welcher* Art zu verfolgen lohnt – und für *wen*. Kitcher setzt dies einem *myth of (academic) purity* entgegen. Unter Umständen gäbe es sogar eine moralische Pflicht, gewisse Forschungsfelder erst gar nicht weiterzuverfolgen (sein Interesse gilt der Genetik und Biologie). Ähnlich sieht es Carthwright (2006), die das Ideal von Kitcher mit einem Verständnis von »evidence for use« konkretisiert: Für sie beinhaltet eine *well-ordered science* eine vermehrte Auseinandersetzung damit, wie Wissenschaft tatsächlich umgesetzt wird.

8 Eine weitere Annahme von van der Vossen ist natürlich die, dass Wissenschaftler stets die Wahl haben, Partei zu ergreifen oder unparteiisch zu sein. Wir sind skeptisch, dass solch eine strikte Rollentrennung überhaupt möglich ist. Wie Weber glauben wir, dass sich Wissenschaftler ihrer »Wertbezogenheit« nicht entziehen können – auch wenn sie versuchen, als Bürger und nicht als Wissenschaftler zu sprechen: Forschungsthemen werden unumgänglich aus einem bestimmten Blickwinkel ausgewählt und bearbeitet – gleiches gilt für öffentlich geäußerte Meinungen. Weiterhin – so argumentieren zumindest Cabrera & Pogge (2013) – ist das Problem der Weltarmut so groß, dass das Schweigen von Wissenschaftlerinnen auch als stille Zustimmung gewertet werden könnte.

Bei Fragen der Gerechtigkeit sollte professionelle akademische Verantwortung in einem besonderen Licht gesehen werden. Und gerade beim Thema Weltarmut, die eine veritable moralische Katastrophe darstellt, scheint zu gelten: »there is no academic purity to be preserved« (Cabrera und Pogge 2012: 170). Ähnlich wie Jubb & Kurtulmus glauben wir, dass die Verantwortung zu reiner Wahrheit nicht die einzige ist, die es zu berücksichtigen gilt. Im Gegenteil, wir argumentieren, dass es gerade im Fall des SDG-Prozesses geboten ist, dass sich Akademikerinnen positionieren.⁹

2. Individuelles Engagement: Effektiver Altruismus

In den letzten Jahren hat sich mit dem Ansatz des »Effektiven Altruismus« (EA) eine systematische Herangehensweise an das Armutproblem herausgebildet, die auch auf die Frage nach dem politischen Engagement von Akademikerinnen eine klare Antwort gibt.¹⁰ So schreibt die Stiftung für Effektiven Altruismus, dass ihr Hauptziel darin bestehe, die ethischen Fragen unserer Zeit »wissenschaftlich fundiert anzugehen«. Für effektive Altruisten bedeutet dies, »kritisches, evidenzbasiertes Denken« in den Dienst der Armutsbekämpfung zu stellen.

Im Kern vertritt EA den Ansatz, dass ein positiver »Impact« durch Rationalität generiert werden kann. Die Stiftung für EA beschreibt dies wie folgt:

»Der effektive Altruismus (EA) ist eine Philosophie und soziale Bewegung, die es für ethisch zentral hält, anderen aktiv zu helfen, und die wissenschaftlich-rational vorgeht, um die Welt so kosteneffektiv wie möglich für alle lebenswerter zu gestalten.«¹¹

Der EA-Ansatz beruft sich dabei auf Peter Singers utilitaristische Ethik. Der australische Philosoph hat die Debatte zur globalen Ethik mit seinem bereits 1972 erschienenen Essay »Famine, Affluence, and Morality« angestoßen. Darin argumentiert er für globale Hilfspflichten und vergleicht die

9 Siehe hierzu auch die jüngsten Debatten über die Notwendigkeit einer »Development Ethics«: Des Gasper (2012); Malavisi (2014); Pongiglione (2015); Camacho (2015).

10 Einschlägige jüngere Werke sind Singer (2009 und 2015); Cooney (2015); MacAskill (2015); und MacFarquhar (2015).

11 <http://ea-stiftung.org/>

Situation der von globaler Armut Betroffenen mit der eines in einen Teich gefallenen Kindes. Singer vertritt bis heute die These, dass wir in beiden Fällen die gleiche moralische Verpflichtung haben, Menschen in Extremsituationen zu helfen, weil zwischen beiden Fällen keine relevante moralische Unterscheidung besteht (Singer 2009). Das zugrundeliegende moralische Prinzip besagt, dass wir das Leid von Menschen lindern sollten, solange wir selbst nichts von vergleichbarem Wert opfern müssen. Singer tritt dafür ein, einen großen Anteil des Einkommens an wohltätige Zwecke zu spenden. Diese Spende wiederum unterliegt der Auflage, dass sie effektiv sein muss – so dass der Einzelne möglichst viel Gutes tun kann.

Diese Herangehensweise hat weitreichende Forderungen zutage gebracht, wie zum Beispiel die Überlegung, dass es vertretbar ist, einen hochbezahlten Job als Banker anzunehmen, wenn man dadurch seine Spendentätigkeit an effektive Organisationen maximieren kann (»earning-to-give«). Generell finden sich bei EA konkrete Hilfestellungen für die Wahl einer Karriere, die es erlaubt, möglichst viel Gutes zu tun: Dies gilt auch für die Wissenschaft – EA hat Career Guides herausgegeben, die verschiedene (wissenschaftliche) Laufbahnen nach den Kriterien des effektiven Altruismus benotet: Besonders eingehend wird hier die Philosophie und mit ihr die Möglichkeit, eine »high impact«-Philosophin zu werden, angesprochen.¹²

Im Mittelpunkt von EA steht Kosteneffektivität bei der Verfolgung altruistischer Ziele. Effektive Altruisten denken systematisch darüber nach, was die größten globalen Herausforderungen sind und wie diese allgemein und objektiv priorisiert werden können.¹³ Momentan gehören zum Fokus der EA-Bewegung die Frage der Weltarmut, der Klimawandel, aber auch Tierrechte und globale existentielle Risiken bezogen auf künstliche Intelligenz. Es haben sich weltweit Untergruppen gebildet, die auf verschiedenen Gebieten und unterschiedlichen Ebenen den EA-Ansatz vorantreiben, und die versuchen, »soviel Gutes wie möglich« zu tun; ein Beispiel ist die Meta-Charity-Organisation GiveWell, die wohltätige Organisationen nach Effektivitätskriterien bewertet.

Die »objektiven« Kriterien sind bei EA zumeist Wohlfahrtskriterien – besonders häufig werden die sogenannten QALYS (»quality-adjusted life

12 Auf der Seite 80000hours.org gibt es verschiedene Essays, die Karrieren in der Wissenschaft aus EA-Perspektive bewerten (z.B. »High Impact Science«; »How to be a high impact philosopher«).

13 Siehe zum Beispiel das *Global Priorities Project* der Universität Oxford.

years«) für die kurzfristige Bewertung von Interventionen genannt (z.B. bei MacAskill 2015). Andere Kriterien wie Gerechtigkeit, Autonomie oder Nichtbeherrschung werden meist nicht herangezogen. Eine Erklärung findet sich hier:

»We don't explicitly factor in non-welfare values because: There's less agreement over their importance. They're already included to a large degree, because a more just society is also likely one that's better for long-run welfare. It's unclear how to compare them to welfare.«¹⁴

EA schlägt also eine eigene theoretische Herangehensweise an das Armutproblem vor, steht aber gleichzeitig auch für eine bestimmte Art des akademischen Engagements. Obgleich wir meinen, dass EA grundsätzlich mit unserer Position vereinbar ist, sehen wir doch zwei gewichtige Mängel: Die Gefahr des Szientismus und die Vernachlässigung der Bedeutung von institutionellem Wandel.

Susan Haack¹⁵ hat den Begriff des Szientismus in ihrem Essay von 2012 sowie in ihrem Buch »Defending Science – Within Reason« (2011) ausgeführt. Sie kritisiert in ihren Schriften eine »over-enthusiastic and uncritically deferential attitude towards science, an inability to see or an unwillingness to acknowledge its fallibility, its limitations, and its potential dangers.« (2012: 75) Wir sehen diese Gefahr des Szientismus und der methodologischen Verengung bei EA, da hier gesellschaftliche Probleme als rein technische Aufgaben angesehen werden.

In *The Atlantic* erklärte Will MacAskill, eines der Hauptziele von EA sei: »injecting science into the sentimental issue of doing good in the

14 <https://80000hours.org/articles/yardsticks/>

15 Haack listet die folgenden Charakteristika des Szientismus auf: »Using the words »science«, »scientific«, »scientifically«, »scientist«, etc., honorifically, as generic terms of epistemic praise. 2. Adopting the manners, the trappings, the technical terminology, etc., of the sciences, irrespective of their real usefulness. 3. A preoccupation with demarcation, i.e., with drawing a sharp line between genuine science, the real thing, and »pseudo-scientific« imposters. 4. A corresponding preoccupation with identifying the »scientific method«, presumed to explain how the sciences have been so successful. 5. Looking to the sciences for answers to questions beyond their scope. 6. Denying or denigrating the legitimacy or the worth of other kinds of inquiry besides the scientific, or the value of human activities other than inquiry, such as poetry or art.« Einige dieser Charakteristika sind bei EA klar erkennbar.

world«. ¹⁶ In dieser und vielen anderen Aussagen (z.B. MacAskill 2015) zeigt sich, dass EA auf einem sehr optimistischen Wissenschafts- und Fortschrittsverständnis beruht. EA nutzt Kosten-Nutzen-Rechnungen, um die Erfolgsaussichten verschiedener Handlungsoptionen zu vergleichen und gegeneinander abzuwägen. Weltarmut und andere Risiken und Missstände werden als ein rein technisches Problem wahrgenommen, das mathematisch gelöst werden könnte. Ähnlich scheint es Onora O'Neill zu sehen, wenn sie sagt, dass nur akademische Spezialisten effektiv bei der Armutsbekämpfung mitwirken können: Zentral geht es um *useful academic expertise*, die nur die wenigstens Wissenschaftler aufweisen könnten. ¹⁷

Es ist an dieser Stelle wichtig klar zu stellen, dass das Menschenbild bei EA keinesfalls simplistisch ist: anders als viele neoklassische Ökonomen glauben die meisten Befürworter von EA nicht an die Fiktion des rein nutzenmaximierenden *homo oeconomicus*, sondern lassen sich von neusten Forschungsergebnissen (z.B. in Verhaltensökonomie und experimenteller Psychologie) beeinflussen. Wir möchten hier aber darauf hinaus, dass das zugrunde liegende *Entscheidungsmodell* – also die Forderung, dass der erwartete komparative Nutzen einer Intervention (ihr *relative expected value*) das einzig relevante Kriterium für die Bewertung einer Intervention sein soll – als solches Fallstricke birgt, wenn es zu optimistisch angewendet wird.

Die Anhänger von EA machen es sich zu einfach, wenn sie versuchen, wissenschaftliche Erkenntnisse als unproblematischen Input in ihre Kosten-Nutzen-Rechnungen aufzunehmen. In diesem Prozess akzeptieren effektive Altruisten immer schon starke wie strittige normative Prämissen und tendieren dazu, Schwierigkeiten zu vernachlässigen, die sich bei vermeintlich wertfreien Abwägungen und Messungen ergeben.

Die Stärke und zugleich Schwäche von EA liegt somit darin, Kosten-Nutzen-Rechnungen selbstbewusst als entscheidungsleitend zu vertreten. ¹⁸ Dies verschafft den Eindruck, es gäbe »no crisis whose solution is beyond

16 <http://www.theatlantic.com/business/archive/2015/06/what-is-the-greatest-good/395768/>.

17 O'Neill behauptet von Wissenschaftlern: »Most have no expertise that is particularly relevant to problems of poverty and development«. Deshalb sollten sich auch nur solche Akademikerinnen mit Armut beschäftigen, die Expertise auf diesen Gebieten vorzuweisen hätten. Besonders hebt O'Neill hier Expertinnen hervor, die Erfahrung mit Statistik und guter Präsentation empirischer Ergebnisse haben.

18 So sagt MacAskill beispielsweise: »A measure of value is needed to compare the effects on people's lives of different acts or policies designed to help them. In the

the ingenuity of man«, so Amia Srinivasan im *London Review of Books*.¹⁹ Wissenschaft stellt Informationen bereit, die von EA in eine klare Rangordnung gebracht werden können: tendenziell sind gesellschaftliche Fortschritte messbar, aufrechenbar und vergleichbar.

Ähnlich wirft der Ökonom Angus Deaton den effektiven Altruisten einen falschen methodologischen Ansatz vor: der Fokus von EA liege zu sehr auf vermeintlich messbaren, direkten Ergebnissen von Interventionen und ausgewählten Methoden (wie zum Beispiel *randomized controlled trials* oder experimentellen Ansätzen), aber nicht auf den Kontexten verschiedener Policies oder der ethischen Vertretbarkeit der Interventionen selbst. EA habe dadurch ein verkürztes Verständnis, was Impact bedeute, und könne somit die Komplexität globaler Zusammenhänge nicht erfassen. Unsere Kritik geht in dieselbe Richtung. Das Weltarmutsproblem hängt mit vielen Faktoren zusammen, so dass es einer institutionell-politischen Lösung bedarf.

Wir möchten uns hier dezidiert für einen pluralen Zugang zur Armutsforschung einsetzen, der nötig sein wird, um das Weltarmutsproblem in seiner ganzen Komplexität darzustellen. Die Schwäche von EA liegt insgesamt darin, dass Fragen von institutionellem Wandel vernachlässigt werden. Unserer Überzeugung nach ist Weltarmut nicht nur ein technisches Problem, sondern ein Problem der Hintergrundgerechtigkeit. EA-Evaluationen folgen unserer Auffassung nach zu stark einer monetären Logik – auch und gerade weil die verwendeten Methoden die abzuwägenden Komponenten in Geldbeträge übersetzen müssen, um sie vergleichbar zu machen. In ein solches Korsett lassen sich politische Aktivitäten nur schlecht zwingen. Ihre probabilistische Erfolgsaussicht lässt sich nur schwer berechnen.²⁰ Die schärfste Kritik kommt hier von Amia Srinivasan, die EA attestiert, blind gegenüber Fragen von Herrschaft und Macht zu sein:

calculations of the effective altruism movement this measure is sometimes provided by the concept of the quality-adjusted life year, or QALY«. Es braucht natürlich einer weitergehenden normativen Auseinandersetzung, ob man diesen *welfarism* vertreten sollte.

19 <http://www.lrb.co.uk/v37/n18/amia-srinivasan/stop-the-robot-apocalypse>

20 Folgerichtig fragt Amia Srinivasan: »It's hard enough to quantify the value of a philanthropic intervention: how would we go about quantifying the consequences of radically reorganising society?« Siehe hierzu auch Lisa Herzog: <http://justice-everywhere.org/international/one-of-effective-altruisms-blind-spots-or-why-moral-theory-needs-institutional-theory/>

»MacAskill does not address the deep sources of global misery – international trade and finance, debt, nationalism, imperialism, racial and gender-based subordination, war, environmental degradation, corruption, exploitation of labour – or the forces that ensure its reproduction. Effective altruism doesn't try to understand how power works, except to better align itself with it. In this sense it leaves everything just as it is.«

Die von EA favorisierten Methoden zur Berechnung von Effektivität erlauben es, zwischen verschiedenen Alternativen zu wählen; jedoch muss eine solche Herangehensweise wichtige *ceteris-paribus* Annahmen treffen. Genau diese können sich aber, gerade in gesellschaftlichen Prozessen, rasant ändern. Ein Beispiel dafür, dass EA die soziale Konstruktion vieler Aspekte der Berechnung außer Acht lässt, ist die, dass Ressourcenknappheit immer auch eine Frage des politischen Willens und der diskursiven Konstruktion ist. Paradoxerweise werden eben jene Übel, die EA auf innovative Weise zu lindern oder vermeiden versucht, von EA als exogen, als gegeben, hingenommen. Im Fall von Weltarmut führt das dazu, dass machtpolitische Hintergründe von Armut methodisch ausgeblendet werden. Stattdessen sind die von EA favorisierten Lösungen oft top-down und kleinteilig. Besonders groß ist hier die Gefahr, dass Inklusions- und Partizipationsprinzipien der Entwicklungszusammenarbeit außer Acht gelassen werden (z.B. *Voices of the Poor* 2000).

Weiter verbindet der Ansatz von EA eine Idealisierung von evidence-based policy mit einem individualistischen Lösungsansatz für globale gesellschaftliche Probleme. Dieser ambitionierte und präzise Ansatz hat ohne Zweifel große Vorzüge und Erfolge im Kampf gegen Armut aufzuweisen.²¹ Grundtenor unserer Kritik bleibt aber, dass EA nur wenig über die Wandlungspflichten von Institutionen sagen kann.²² Weltarmut tritt in der Sicht von EA lediglich als Symptom, und nicht als strukturell verursacht auf. Die Reaktion auf Weltarmut besteht darin, sich zunächst auf individuelle Spender-Pflichten zu beschränken. Diese Reaktion lenkt aber von

21 Nagel hingegen unterstreicht: »While others bemoan the political obstacles to institutional reform, they [EAs] see these huge inequalities as an ideal opportunity for individual action, because they make it possible for some people to do a great deal of good at very little cost.«

22 Viele halten aber genau diese für empirisch und normativ zentral bei der Diagnose und Überwindung des globalen Armutsproblems. Das Magazin *Jacobin* schrieb jüngst über EA: »Rather than creating an individualized »culture of giving«, we should be challenging capitalism's institutionalized taking.« <https://www.jacobinmag.com/2015/08/peter-singer-charity-effective-altruism/>.

einem möglichen politischen Wandel ab, der nötig ist, um Gewalt und Korruption zu verhindern oder Gesundheits- und Bildungssysteme aufbauen zu können. Auch wenn anzumerken ist, dass Teile von EA momentan stärker versuchen, die politische Dimension zu berücksichtigen,²³ lässt sich die Wichtigkeit starker Institutionen, Rechtssysteme und Zivilgesellschaften in ärmeren Ländern nur schwer erfassen – und wenn, dann nur, wenn sie mit dem methodologischen Individualismus des Ansatzes erklärbar sind. Noch weniger kann EA die Relevanz globaler Institutionen erkennen und damit etwas über die Bedeutung der SDG als »Weltzukunftsvertrag« aussagen. Wir glauben daher, dass die Vernachlässigung einer institutionellen Perspektive in EA eng mit den eigenen methodologischen Grundannahmen verbunden ist. Deswegen schlagen wir vor, die durch EA angestoßenen Anstrengungen durch eine globale Gerechtigkeitsperspektive zu ergänzen.

3. Die institutionalistische Sicht auf (globale) Gerechtigkeit

In der jüngeren Gerechtigkeitstheorie wird vom *institutional turn* gesprochen; gemeint ist die mit John Rawls verbundene Einsicht, dass sich Gerechtigkeitsforderungen im Wesentlichen an die Grundstruktur einer Gesellschaft, also an ihre wichtigsten rechtlichen, politischen und ökonomischen Institutionen richten. »Die Gerechtigkeit«, so Rawls' berühmtes Diktum, »ist die erste Tugend sozialer Institutionen« (Rawls 1979: 19). Auch wir vertreten hier eine institutionalistische Sicht auf Gerechtigkeit, wenn auch mit einem wesentlich breiteren Verständnis sozialer Institutionen. Dieser Fokus ist vor allem pragmatisch begründet: Institutionen wie Staaten oder internationale Organisationen bilden die mächtigsten Akteure der globalen Politik; sie strukturieren den öffentlichen Raum und beeinflussen somit maßgeblich individuelle Verhaltensweisen und Lebenschancen; sie setzen verbindliche Regeln der sozialen Kooperation und etablieren damit globale Herrschaftsverhältnisse; und sie sind dafür maßgeblich, wie soziale Positionen in komplexen Gesellschaftsstrukturen festgelegt werden. Kurzum: Weltarmut und Nachhaltigkeit sind ein globales Gerechtigkeitsproblem, globale Institutionen sind ein wichtiger Adressat von Ge-

23 Beispiele sind hier »Policy-oriented philanthropy« von www.givewell.org/labs/policy und andere Auseinandersetzungen: <http://blog.givewell.org/2013/11/06/the-track-record-of-policy-oriented-philanthropy/>

rechtingkeitsforderungen und der SDG-Prozess lässt sich als der fortgeschrittenste Versuch verstehen, auf der globalen Ebene intergenerationelle und soziale Gerechtigkeitsansprüche in Geltung zu bringen.

Anders ausgedrückt vertreten wir einen *institutionellen Kosmopolitismus*, dessen bekannteste Version von Thomas Pogge (2011: 213) stammt. Ausgangspunkt von Pogges Überlegungen sind bestehende globale institutionelle Ungerechtigkeiten.²⁴ Er betont, dass die gegenwärtige Weltordnung globale Armut mitverursacht und dass wir (Angehörige mächtiger und zugleich demokratisch organisierter Gesellschaften) eine Mitverantwortung für das politische Design dieser Ordnung tragen. Ungerecht erscheint diese Weltordnung insbesondere deshalb, weil in ihr wenige mächtige Staaten ein System von Regeln und Institutionen durchgesetzt haben, von dem sie selbst profitieren, in dem aber Staaten ungleiche Chancen haben, eine menschenrechtsachtende Grundordnung zu entwickeln. Das bedeutet, dass sich globale Armut und Unterentwicklung nicht ausschließlich durch innerstaatliche Faktoren erklären lassen, sondern dass innerstaatliche Missstände wie Korruption oder Nepotismus bereits mit einer Hintergrundstruktur aus globalen Regeln, Institutionen und Praktiken zusammenhängen. Wohlhabende Staaten und globale Institutionen wie die Weltbank oder die WTO seien, so Pogge, bei der Ausgestaltung dieser Struktur federführend gewesen. Entsprechend zeichnen sie auch für Ungerechtigkeiten, die innerhalb dieser Struktur entstehen, politisch verantwortlich.

Immerhin verstießen die Regierungen reicher Länder nicht bloß gegen ein moralisches Hilfsgebot. Vielmehr missachtet ihr schädigendes Verhalten fundamentale Ansprüche, wie sie in der *Universellen Erklärung der Menschenrechte* und den nachfolgenden Menschenrechtspakten festgeschrieben sind:

»Wenn ein bestimmtes Menschenrechtsdefizit [...] durch das Zusammenspiel globaler und nationaler Faktoren erzeugt wird und sowohl durch globale als

24 Indem er sich weitgehend auf die negative Pflicht, unfaire Schädigungen zu unterlassen, beschränkt und positiv von universellen Menschenrechten ausgeht, kann er sich auf einen breit geteilten Konsens berufen. Andernorts fasst er diese Argumentation folgendermaßen zusammen: »Wohlhabende Bürger und Staaten haben gewiss positive moralische Pflichten, Menschen in lebensbedrohlicher Armut zu helfen (wenigstens sofern die Kosten solcher Hilfe für uns bequem tragbar sind). Aber das Etikett lenkt davon ab, dass hier auch strengere, negative Pflichten im Spiel sind – etwa die Pflicht, von uns verursachte schwere Schädigungen zu minimieren, und die Pflicht, ungerechte Verhältnisse nicht zum Nachteil ihrer Opfer auszunutzen.« (Pogge, »Armenhilfe ins Ausland«, 2010: 296)

auch durch nationale Reformen behoben werden kann, dann liegt die Verantwortung dieses Defizits [...] bei allen, die sich an der Aufrechterhaltung der globalen [...] Grundordnung beteiligen.« (2011: 67f.)

Hier liegt kein individuelles humanitäres Versagen vor, wie Singers interaktionaler Ansatz und EA suggerieren. Vielmehr handele es sich um einen Verstoß gegen absolut verbindliche Pflichten der Nichtschädigung – und daraus ergäben sich dann eben auch weiterführende Pflichten zur Wiedergutmachung.²⁵ Nach Pogge müssen sich alle Bürger relativ einflussreicher Staaten für ihre Beteiligung an der Aufrechterhaltung (*involvement in upholding*) menschenrechtsschädigender Regeln, Institutionen und Politiken verantworten: »Die Verantwortung für die Menschenrechte einer Person fällt all denen und nur denen zu, die am selben sozialen System partizipieren. Sie tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dieses System so zu organisieren, dass alle Beteiligten sicheren Zugang zu den Gegenständen ihrer Menschenrechte haben« (2011: 87).

Offensichtlich haben unsere Regierungen diese politische Verantwortung missachtet, ebenso wie globale Institutionen und Unternehmen. Insofern tragen Politiker, Funktionäre oder CEOs eine besondere politische Verantwortung. Am Ende zieht sich die Verantwortungskette aber bis zu jedem Einzelnen durch. Das gilt umso mehr für Akademikerinnen, die in einer privilegierten Position sind, Zusammenhänge globaler Ungerechtigkeit zu durchschauen (siehe klassisch: Merton, 1979). »This buck«, so bringt es Pogge auf den Punkt, »stops with us« (2002: 21).

Pogges Ansatz ist aus verschiedenen Gründen kritisiert worden. Das betrifft sowohl seine normative Engführung auf negative Pflichten, als auch seine empirische These von der Zurückführbarkeit institutioneller Menschenrechtsmissachtungen. Es geht uns hier nicht darum, seine Position in Gänze gegen diese teils berechtigten Einwände zu verteidigen. Für eine institutionalistische oder zumindest strukturelle Sicht auf globale Gerechtigkeit spricht bereits, dass das Weltarmutsproblem ein schwerwiegendes Übel darstellt und nur durch konzertierte Anstrengungen zu bekämpfen sein wird.

25 Als Mindeststandards fungieren hier universelle Menschenrechtsansprüche. In: Pogges Ansatz sind Menschenrechte allgemein akzeptierte politische Ansprüche auf elementare Grundgüter (*basic goods*), die gegenüber offiziellen Garanten dieser Ansprüche erhoben werden und allen Menschen gleichermaßen zustehen. Vgl. Thomas Pogge 1998; 2000; 2011: 70-93.

Zwei Grundgedanken in Pogges Argumentation lassen sich jedenfalls nur schwer von der Hand weisen: Globale Institutionen sind umso gerechter, je weniger Menschenrechtsmissachtungen sie zulassen, und Bürger demokratischer Staaten tragen eine besondere Mitverantwortung für die politische Kontrolle und Gestaltung globaler Herrschaftsstrukturen. Diese Überlegungen lassen sich nun unmittelbar auf die gerechtigkeits-theoretische Einordnung des SDG-Prozesses und auf die besondere Mitverantwortung von Wissenschaftlerinnen übertragen. Zur Erinnerung: unsere These lautet, dass der SDG-Prozess als bahnbrechender sozialpolitischer Entwicklungsschritt im Rahmen einer realistischen internationalen Utopie eingeordnet werden sollte und dass Wissenschaftler eine erhebliche Verantwortung haben, sich an dieser Entwicklung zu beteiligen.

4. SDG als Gegenstand eines realistischen Gerechtigkeitsideals

Wir gehen davon aus, dass Akademikerinnen eine besondere Verantwortung gegenüber globaler Armut und Ungerechtigkeit zukommt und dass sich diese Verantwortung in verschiedener Weise auf die Unterstützung des SDG-Implementierungsprozesses beziehen lässt. In diesem Abschnitt konzentrieren wir uns auf die Frage, was die normative Politische Theorie und Politische Philosophie zu diesen Prozessen beizutragen vermag. Die von uns favorisierte Antwort lautet: *normatives Framing*. Normative Disziplinen können eine gerechtigkeits-theoretische Einordnung der SDG geben und damit besondere Verantwortlichkeiten klären, rechtfertigen und adressieren helfen.

Auf den ersten Blick handelt es sich bei den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen um einen Gegenstand der *nichtidealen Theorie*. Ob und inwiefern sie als Teil einer globalen Gerechtigkeitsordnung zu rechtfertigen sind, scheint eine anwendungsbezogene Frage zu sein, die bereits ein Ideal globaler Gerechtigkeit (oder zumindest: legitimer globaler Herrschaft) voraussetzt. Unser Vorschlag besagt jedoch, dass die SDG bereits als Teil dieses Ideals verstanden werden sollten.

Die Termini »ideale« und »nichtideale Theorie« gehen ebenfalls auf John Rawls (1971, 1999) zurück. Demnach hat es der ideale Teil einer Gerechtigkeitstheorie mit der Frage zu tun, nach welchen Grundsätzen die wesentlichen Institutionen einer Gesellschaft eingerichtet sein sollten, gesetzt, dass die äußeren Bedingungen günstig sind und eine hinreichende Motivation besteht, sich an diese Grundsätze zu halten. Im nichtidealen

Theorierteil geht es darum, *zweitbeste* Grundsätze der Gerechtigkeit zu entwickeln, um »auf gerechte Art mit Ungerechtigkeit fertig zu werden« (Rawls 1979: 276). Die nichtideale Theorie entwickelt Grundsätze und Reformziele, die dabei immer auf das eigentliche Ideal bezogen bleiben: Vorhandene Institutionen sind »im Lichte« (Rawls 1979: 278) der idealen Gerechtigkeitsgrundsätze zu beurteilen und gleichzeitig liefern diese »eine Zielvorstellung für gesellschaftliche Reformen« (Rawls 1979: 277).

Zusammengefasst sieht Rawls ideale und nichtideale Theorie *transitorisch* aufeinander bezogen.²⁶ Die ideale Theorie »erarbeitet die Grundsätze für eine wohlgeordnete Gesellschaft« und »entwickelt den Begriff einer vollkommen gerechten Gesellschaft«, woraufhin der nichtideale Theorierteil zielführende Zwischenschritte konzipiert, um das Ideal so weit es geht zu realisieren. Im Verlauf der Debatte ist diese Reihenfolge auf scharfe und, wie wir meinen, im Kern berechtigte Kritik gestoßen.²⁷ Der entscheidende Kritikpunkt besagt, dass die Beziehung zwischen idealer und nichtidealer Theorie nicht als Einbahnstraße anzusehen ist. Denn das Ideal liefert nicht bloß den Zielpunkt zur Beurteilung und Veränderung politischer Realitäten; auch bildet die politische Realität das Ausgangsmaterial zur Konstruktion des Ideals selbst, gesetzt jedenfalls, dass dessen praktische Funktion darin besteht, eine, wie Rawls es ausdrückt, »Anleitung« oder »Zielvorstellung« zu geben, die sich »unter weniger günstigen Verhältnissen auf die Institutionen anwenden« lässt (Rawls 1979: 277). Im Ergebnis bliebe die Konstruktion eines Ideals globaler Gerechtigkeit konstitutiv auf bestehende politische Handlungsmöglichkeiten und kollektiv geteilte Einstellungen bezogen.

In diesem Sinne ist Raimund Geuss mit einem scharfen Pamphlet gegen die Politikvergessenheit der analytischen Politischen Philosophie hervorgetreten. Die Quintessenz seiner Kritik in *Philosophy and Real Politics* (2008) lautet, dass sie zu unrealistischen Idealen führe, die sich nicht mehr in politisch praktikable Übergangsschritte übersetzen ließen. Unter den gegebenen, nicht-idealen Bedingungen befände sich kein Akteur in der Position, ein vorab entworfenes Ideal schrittweise umzusetzen. Deshalb macht es praktisch wenig Sinn, das Ideal einer vollkommen gerechten Grund-

26 Vgl. Michael Phillips (1985).

27 Mittlerweile lässt sich auf eine breite Diskussion zum Verhältnis zwischen idealer und nichtidealer Theorie zurückblicken. Siehe Erman & Möller (2013), Gilabert (2012), Goodin (1995a), Mills (2005), Robeyns (2008), Schaub (2010), Stemplowska (2008), Valentini (2012), Simmons (2010).

struktur freistehend, also unangesehen seiner politischen Praktikabilität, zu entwerfen.

In die gleiche Stoßrichtung geht auch die Argumentation, die Amartya Sen in »What do We Want from a Theory of Justice?« (2006) vorgelegt und in *The Idea of Justice* (2009) ausgearbeitet hat. Darin bezeichnet Sen die idealtheoretischen Glasperlenspiele der analytischen Politischen Philosophie als »transzendentalen Institutionalismus« (Sen 2009: 7). Rawls' (vermeintliches) Primat der idealen Theorie exemplifiziert für ihn ein im schlechten Sinne utopisches Denken, weil es notwendig zu idealistisch bleiben müsse, um konkrete Reformoptionen zu beurteilen. Übertragen auf unser Problem bedeutet das: Ob die SDG einen nachvollziehbaren Reformschritt in Richtung globaler Gerechtigkeit markieren, ist im Lichte langfristiger kosmopolitischer Utopien nicht zu beurteilen.

Als Alternative schlägt Sen vor, auf das Ideal einer vollkommen gerechten Grundstruktur zu verzichten und stattdessen Grundsätze aufzustellen, an denen sich die realpolitisch eröffnenden Handlungsoptionen vergleichen lassen. Sein *komparativer Ansatz* erlaube es, Entscheidungen zu treffen und Reformfortschritte zu bestimmen, ohne das Ideal eines vollkommen gerechten Endzustands vorauszusetzen. Schließlich würde auch niemand, so Sens suggestives Beispiel, auf die Idee kommen, sich bei der Wahl zwischen einem Dalí und einem Picasso am bestmöglichen Gemälde (hier: die Mona Lisa) zu orientieren (Sen 2006: 221). Für den Vergleich zwischen zwei Kunstwerken sei es völlig hinreichend, wenn wir uns an grundlegende Kriterien hielten – und ebenso sei es für den Vergleich konkreter Reformen internationaler Institutionen und Regeln hinreichend, allgemeine Kriterien (wie *Capabilities* oder Menschenrechte) anzulegen, um gerechtere Entscheidungen zu treffen.

Zu einzelnen Argumenten in dieser hier nur grob zusammengefassten Debatte werden wir uns agnostisch verhalten. Wiederholt ist angemerkt worden, dass Sen und Geuss gegen eine Karikatur der Rawls'schen Gerechtigkeitstheorie polemisieren, die insbesondere dessen Wende zum politischen Konstruktivismus und seine internationale Gerechtigkeitstheorie in den späteren Schriften außer Acht lässt. Der entscheidende Einwand gegen einen bloß kriteriengeleiteten Vergleich konkreter Reformalternativen ist aber der, dass einzelne Entscheidungen immer schon holistische Konsequenzen nach sich ziehen. Das bedeutet, dass sich die Wahl eines Reformweges nicht nur unmittelbar auf angrenzende Policy-Felder auswirkt, sondern dass damit zugleich eine *Pfadabhängigkeit* geschaffen wird, die sich,

so Simon Caney, mittelbar auch auf das Spektrum und die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Entscheidungsmöglichkeiten auswirkt:

»The policies that we choose now to meet a modest objective will often have knock-on effects that have an impact on whether a further improvement is possible or not, how difficult it is to attain, and how costly it is to attain. [...] policies undertaken at one point in time can create path dependencies.« (Caney 2012, 209)

Mit Caney und dem späten Rawls vertreten wir die Auffassung, dass nicht-ideale Probleme weiterhin im Rahmen einer idealen Gerechtigkeitsperspektive behandelt werden müssen – allerdings einer, die realistisch genug ist, um konkrete Handlungsoptionen als fortschrittlich einordnen zu können, und die hinreichend flexibel bleibt, um sich auf neu öffnende Möglichkeitsfenster einzustellen.²⁸

Für die Evaluation konkreter Handlungsoptionen bedarf es allerdings mehr als nur abstrakter Prinzipien. Es ist diese Frage nach der Effektivität institutionellen Wandels, in der der EA-Ansatz den institutionellen Kosmopolitismus ergänzen könnte, zum Beispiel bei der Operationalisierung reformpolitischer Vorschläge oder bei deren Vergleich.²⁹ Das Augenmerk auf Effektivität von sozialen und politischen Interventionen stellt auch für den Kosmopolitismus einen bisher vernachlässigten Punkt dar. Gleichzeitig kann der EA-Ansatz von einem institutionellen Kosmopolitismus profitieren, sofern sich dieser von szientistischer Rhetorik und einem dogmatischen *welfarism* zu lösen vermag. Effektivität müsste dann – wir können diese methodische Herausforderung hier nur andeuten – in Hinsicht auf die Durchsetzung einer konsensuellen wie realistischen Gerechtigkeitsordnung bestimmt werden.

Eben hier kommt unser Vorschlag ins Spiel, den SDG-Prozess als konstitutiven Teil des Ideals selbst, besser: als Teil einer realistischen Utopie globaler sozialer und intergenerationeller Gerechtigkeit zu betrach-

28 Vgl. zum letzten Aspekt auch Shmuel Nili: »The prevalent insistence on treating visions of perfect justice as a compass underestimates the degree to which these visions themselves are not fixed, but may shift over time. This, at least, seems to follow if we believe (with Rawls) that even ideal visions of perfect justice have to account for »limits of practical possibility« to have practical value – to serve as »realistic utopias« rather than mere utopias.« (2016: 155)

29 Weiterhin ließe sich argumentieren, dass eine rein politische oder institutionelle Perspektive den Blick auf nicht-anthropogenetische Probleme der Welt versperre. Hier liegt ein weiterer Vorteil von EA: Ein institutionalistischer Ansatz, wie wir ihn hier betonen, könnte nicht-politische Gründe von Armut vernachlässigen.

ten. Rawls' Begriff einer »realistischen Utopie« bezeichnet ein Gerechtigkeitsideal, das uns mit den politischen Möglichkeiten bestehender Institutionen versöhnt (Rawls 1999: 128). Statt dieses Ideal allein aus moralischen Prinzipien zu gewinnen, macht eine realistische Utopie das Gerechtigkeitspotential bestehender institutioneller Arrangements explizit. Dass damit nicht bloß einer Affirmation des Faktischen das Wort geredet wird, liegt daran, dass eine realistische Utopie normative Standards rekonstruiert, die über den Status Quo hinausweisen. Eine ihrer Aufgaben besteht darin, die Hoffnung zu begründen, dass eine gerechte(re) Weltordnung im Bereich vorhandener politischer Entscheidungsmöglichkeiten liegt und dass es lohnt, sich an ihrer Realisierung zu beteiligen (Rawls 1999: 128).

Was wir also im Ergebnis aus der Debatte zur nichtidealen Theorie herausnehmen, sind insbesondere zwei Punkte. Erstens: Ideale und nichtideale Theorie stehen in einem co-konstitutiven Beziehungsverhältnis zueinander. Das bedeutet, dass eine realistische Utopie globaler sozialer Gerechtigkeit immer schon im Horizont politischer Handlungsmöglichkeiten konstruiert werden muss. Damit ist, zweitens, unsere Auffassung verbunden, dass der Beitrag normativ arbeitender Wissenschaftlerinnen sowohl im gerechtigkeits-theoretischen *Framing* des SDG-Prozesses liegt als auch darin, diesen Prozess kritisch mitzugestalten. Im Folgenden möchten wir solch ein Framework in Grundzügen vorstellen. Unsere Idee lautet, dass das SDG-Regime als Ansatzpunkt zu einer realistischen Utopie globaler sozialer und intergenerationeller Gerechtigkeit betrachtet werden kann.

5. Das SDG-Regime als realistische Utopie

Wir verstehen die SDG als Bestandteil einer realistischen Utopie. Der wesentliche Grund, dass sich Wissenschaftlerinnen am SDG-Prozess beteiligen sollten, ist der, dass es sich um einen Kristallisationspunkt für globale soziale und intergenerationelle Gerechtigkeitsansprüche handelt. Die SDG könnten, so die Hoffnung, zur Keimzelle einer minimal gerechten Weltordnung werden.

Wenn wir vorschlagen, die SDG als Elemente eines globalen Ideals zu betrachten, legen wir eine *best-possible* Sichtweise auf die damit verbundenen Prozesse an. Die Limitationen dieser Prozesse sollen damit keinesfalls geleugnet werden. Die Legitimität der SDG bleibt zweifelhaft, sie haben keine völkerrechtliche Verbindlichkeit und auf ihren Wortlaut haben nationale Regierungen und Lobbyisten erheblichen Einfluss genommen.

Fehlende Accountability-Mechanismen, eine gescheiterte Anschubsfinanzierung und unklare Monitoring-Indikatoren schüren zusätzliche Skepsis. Und auch die im Vergleich zu den 8 MDG unübersichtliche Zahl von 17 Zielen mitsamt 169 Unterzielen unterstreicht den Eindruck, dass es sich um einen, wie es in der FAZ zu lesen war, »gigantischen Wunschzettel« handelt, den ein »Heer bestbezahlter Entwicklungsbürokraten« konzipiert haben.³⁰ Nichtsdestotrotz wollen wir dem verbreiteten Argwohn, es handle sich um einen bloßen Papiertiger, durch unsere Sichtweise ein Stück weit entgegenreten – zumal damit, ob eine zynische oder idealistische Interpretation mehr Anhänger findet, auch die Frage beantwortet wird, wer damit recht hatte.

Wenn es heute überhaupt eine berechtigte Hoffnung auf globale soziale und intergenerationelle Gerechtigkeit gibt, dann die, dass sich das SDG-Regime in den kommenden Jahren auf globaler, internationaler und lokaler Ebene weiter verfestigen wird. Ein »Regime« bezeichnet ein Netzwerk, das durch gemeinsame Grundprinzipien (die SDG-Ziele) konstituiert wird, das auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen die Ausbildung entsprechender Normen, Kontrollverfahren und Policies vorantreibt und das schließlich zu einer wechselseitigen Verantwortungskultur und eigenen Sanktionsmechanismen führt.³¹ Wir sagen nun, dass ein globales SDG-Regime die an eine realistische Utopie gestellten Praktikabilitäts- und Legitimitätskriterien gleichermaßen erfüllt:

a) *Praktikabilität*: Die Erfüllung von Praktikabilitätsbedingungen sind wesentlich für eine *realistische* Utopie. In ihrem Lichte lassen sich unter nichtidealen Bedingungen – also unter erwartbarer Non-Compliance – konkrete Reformschritte und Policies bestimmen. Die in Frage kommenden Praktikabilitätsbedingungen lassen sich noch einmal unterteilen in Kriterien politischer, motivationaler und moralischer Praktikabilität.

Die *politische Praktikabilität* lässt sich durch die oben mit Simon Caney eingeführte Konzeption institutioneller Pfadabhängigkeit veranschaulichen. Unsere Sichtweise auf den SDG-Prozess als Teil einer realistischen Utopie globaler sozialer und intergenerationaler Gerechtigkeit kann sich in zweierlei Hinsicht an den politischen Möglichkeiten bestehender Institutionen orientieren. Auf der einen Seite handelt es sich bei den SDG um

30 FAZ.NET (01.09.2015).

31 Die Standarddefinition bezeichnet ein Regime als »sets of implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations.« (Krasner 1983, 2)

Vereinbarungen, an deren Ausarbeitung und Implementierung die für eine effektive Gestaltung der Weltinnenpolitik relevanten Akteure (internationale Organisationen, Staaten und zivilgesellschaftliche Stakeholder) von Anfang an beteiligt waren. Die SDG sind Ziele von und für vorhandene(n) Institutionen und schon in diesem Sinne politisch anschlussfähig. Das Kriterium der Pfadabhängigkeit meint aber nicht nur, dass ein Gerechtigkeitsideal an vorhandene institutionelle Arrangements anschließen sollte, sondern es weist auch darauf hin, dass damit *zukünftige* Entscheidungsoptionen festgelegt werden. Die SDG haben einen institutionellen Prozess in Gang gesetzt, auf den die Post-2030-Verhandlungen aufbauen werden. Mit ihnen wurden Indikatoren und Monitoringverfahren eingeführt, die bestimmte Anschlüsse ermöglichen, andere aber unwahrscheinlich machen. Es werden Gremien und Kooperationen aufgebaut, Aufmerksamkeiten gerichtet und Standards politischer Legitimation etabliert – alles Entwicklungen, die politische Anknüpfungspunkte mit sich bringen und globale Governance-Felder strukturieren.

Die *motivationale Praktikabilität* dieser realistischen Utopie ist das Kriterium, das Zyniker (zu Recht) am lautesten im Mund führen. Es meint, dass ein praktikables Gerechtigkeitsideal an »echte« Interessen relevanter und machtpolitisch programmierter Akteure anschließen sollte. Nun sind die außen- und weltinnenpolitischen Interessen dieser Akteure *faktisch* uneinheitlich; und Ziele wie das Ende von Agrarsubventionen scheinen zunächst in vollständiger Ignoranz politischer Interessen eingefügt worden zu sein. Tatsache ist aber, dass die hier genannten Akteure offensichtlich ebenso handfeste Interessen haben, die in den SDG verankerten sozialen und nachhaltigen Entwicklungsziele umzusetzen und ihre Politik im Zeitalter von Klimawandel und Globalisierung umzustellen. Es wäre jedenfalls naiv zu glauben, dass die SDG in dieser Form auf dem UN-Gipfel im September 2015 hätten verabschiedet werden können, wenn sie nicht grundsätzlich mit der wohlverstandenen Interessenspolitik der an den »Open Working Groups« beteiligten Nationen wie Deutschland oder den USA vereinbar wären.

Was schließlich ihre *moralische Praktikabilität* betrifft, ist damit gemeint, dass eine realistische Utopie nicht notwendig (oder wahrscheinlich) mit Durchsetzungsinstrumenten verbunden sein darf, die ihrerseits aus moralischen Gründen abzulehnen sind. Diese Sorge betrifft vor allem die Einrichtung illegitimer globaler Governance-Strukturen, die Begrenzung politischer Selbstbestimmung oder die Aufkündigung einer besonderen moralischen Verpflichtung von Regierungen gegenüber Staatsbürgern. Das

SDG-Regime umgeht solche moralisch relevanten Probleme aber gezielt, indem es einen möglichst partizipativen, subsidiären und komplementären Implementierungsprozess einführte – ein Prozess, an dem wir es messen und über den wir uns kritisch an ihm beteiligen sollten. Im Ergebnis setzen die SDG einen Hoffnung machenden Schritt in Richtung einer Utopie globaler sozialer und intergenerationeller Gerechtigkeit, die sich in allen drei Hinsichten als realistisch erweist.

b) *Legitimität*: Die Frage nach der Legitimität einer realistischen Utopie wird ebenfalls in dreierlei Hinsicht aufgeworfen, und zwar im Hinblick auf ihre Entstehung, ihre prozessuale Administration und ihren Output. Der *Entstehungsprozess* des SDG-Regimes kann zumindest als *minimal legitim* bezeichnet werden, da er relativ transparent gestaltet war und Akteure aus der globalen Zivilgesellschaft (organisiert im Verbund *Beyond 2015*) einbezogen wurden. Die Ziele entstanden letztlich aus dreizehn Konsultationsrunden, an denen neben zivilgesellschaftlichen Akteuren auch Vertreterinnen der Wissenschaft teilnahmen. Weitere Stimmen und Expertisen wurden über eine umfangreiche Online-Umfrage (My World 2015) eingeholt. Zudem gab und gibt es eine Reihe weiterer Partizipationsinstrumente (wie die Teilnahme an den »hochrangigen Themendebatten« oder die »The World We Want«-Kampagne).

Ähnliches gilt für die *administrative Legitimität* bzw. *throughput legitimacy*³² des SDG-Regimes, das auf UN Ebene angesiedelt ist, aber ebenfalls einen subsidiären und partizipatorischen Charakter annehmen soll. In den sogenannten Major Groups werden gesellschaftliche Schlüsselsektoren repräsentiert sowie ökonomische und zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden; die *Multi-Stakeholder Advisory Group* ist ein aus zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammengesetztes Gremium, das die Zusammensetzung wissenschaftlicher Expertengruppen bestimmt, usw. Demokratische Defizite von Organen der Vereinten Nationen sind allerdings ebenso wenig von der Hand zu weisen, wie Fortschritte in der Einbindung der globalen Zivilgesellschaft.

Entscheidend für die Legitimität des SDG-Regimes dürfte ohnehin ihr tatsächlicher und angestrebter *Output* sein. Während sich der tatsächliche Output erst in einigen Jahren bilanzieren lässt, ist der angestrebte Output äußerst ambitiös. Zu den Zielen zählen die *vollständige* Beendigung von

32 Den Begriff »throughput legitimacy« übernehmen wir von Vivian Schmidt (2013). Er soll anzeigen, dass alle mit Governanzstrukturen verbundenen Einzelpraktiken und Konsequenzen transparent, partizipatorisch und verantwortungsvoll ablaufen.

schwerer Armut und Hunger, die weltweite Einrichtung einer Grundbedürfnisse sichernden Infrastruktur, Klima- und Umweltschutz, usw.

Es sind derart expansiven Ziele, die uns zu der These führen, dass es sich bei den SDG um den Kern einer realistischen Utopie globaler sozialer und intergenerationeller Gerechtigkeit handelt. Um *Gerechtigkeit* handelt es sich, weil die SDG nicht bloß Mindeststandards festlegen, sondern relative »Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern« (Ziel 10) wollen, explizit die (institutionellen) Hintergründe von Ungerechtigkeit (Agrarsubventionen, illegale Finanzströme, Steuervermeidung) in Angriff nehmen und explizite Gerechtigkeitsziele wie Geschlechtergerechtigkeit (Ziel 5) benennen. Und *global* ist dieses Gerechtigkeitsideal in dreierlei Hinsicht: Erstens handelt es sich um Ziele, die auch für Staaten des globalen Nordens gelten und in einer »globalen Partnerschaft« (Ziel 17) verwirklicht werden sollen; zweitens handelt es sich um ein holistisches und in diesem Sinne globales Gerechtigkeitsideal, das Elemente sozioökonomischer Gerechtigkeit mit intergenerationellen Nachhaltigkeitsforderungen verbindet; und drittens handelt es sich um ein direkt bei globalen Institutionen ansetzendes Regime, das auf UN Ebene angesiedelt ist, mit globalen Organisationen wie der Weltbank direkt zusammenarbeitet, aber auch eine Art Charter dieser Organisationen und der damit verbundenen globalen Governance-Strukturen zu bilden verspricht. Vieles spricht dafür, dass sich auf dem SDG-Prozess eine einigermaßen gerechte Weltordnung aufbauen ließe – so jedenfalls unsere begründete Hoffnung.

6. Was tun?

Sozialwissenschaftliche Beschreibung und *normatives Framing* haben einen erheblichen Einfluss darauf, was als politisch möglich oder notwendig gilt.³³ Damit wird die Wahrscheinlichkeit für politisches Handeln verändert. Eine entsprechende Verantwortung von Akademikerinnen ist nicht nur moralisch und individuell, wie Vertreterinnen von EA meinen, sondern auch politisch und institutionell. Das bedeutet nicht, dass wir persönliches Engagement und die präzisen Anleitungen von EA falsch finden. Es bedeutet aber, dass EA durch eine umfassendere Gerechtigkeitsperspektive

33 In der ausführlichen Diskussion in den konstruktivistischen internationalen Beziehungen wird diese Herangehensweise empirisch unterfüttert. Vgl.: Keck & Sikkink (1998); Risse (2000); Adler (1997); Sural (2000).

ergänzt werden sollte. Die Komplementarität von EA und institutionellem Kosmopolitismus hängt für uns davon ab, ob EA sein methodisches Verständnis von Effektivität an einem realistischen Gerechtigkeitsideal auszurichten vermag, das machtpolitische und institutionelle Hintergrundstrukturen berücksichtigt. Ein von EA's Rationalismus lernender institutioneller Kosmopolitismus könnte dann wiederum die Abwägung verschiedener Reformperspektiven besser operationalisieren. In dieser effektiven Gerechtigkeitsperspektive erscheinen Fragen von Weltarmut oder Nachhaltigkeit als eine globale Ungerechtigkeit, die durch Veränderungen der politischen Hintergrundstruktur korrigiert werden sollte. Das Ziel für entsprechende Kritik und Reformen wird durch die realistische Utopie einer einigermaßen gerechten Weltordnung markiert. Wir sind der Auffassung, dass die SDG einen wichtigen Teil dieses Ideals bilden: Erstmals liegt eine globale Charta sozialer und intergenerationeller Gerechtigkeit auf dem Tisch.

Was bedeutet die Verantwortung von Akademikerinnen gegenüber der Agenda 2030 also genau?³⁴ Eine nahe liegende Art, dieser Verantwortung gerecht zu werden, haben wir hier gewissermaßen performativ einzulösen versucht. Sie besteht darin, die SDG in den Zusammenhang eines umfassenden Gerechtigkeitsnarrativs einzuordnen und damit politische Fantasien freizusetzen. Aber die Verantwortung ist vielfältiger und zugleich konkreter. Sie hat, wie gesagt, mit der besonderen Expertise und exponierten öffentlichen Stellung von Akademikerinnen zu tun, und besteht u.a. in Folgendem:

- *Wissenschaftliches Agenda-Setting und Wissenstransfer*: Als Lehrer oder Forscherinnen sollten Akademiker unterschiedlichster Disziplinen die Auseinandersetzung mit den SDG verstärken.
- *Diversität und epistemische Gerechtigkeit*: Die wissenschaftliche Community sollte sich gegenüber Stimmen aus dem globalen Süden öffnen und den SDG-Prozess in globalen Partnerschaften begleiten.
- *Öffentliche Aufmerksamkeit*: Akademikerinnen können ihre Autorität dazu nutzen, um dem SDG-Prozess Eingang ins öffentliche Bewusstsein zu verschaffen, einen entsprechenden Willensbildungsprozess zu stimulieren, um die Hoffnung zu vermitteln, dass eine gerechte(re) Weltordnung im Bereich vorhandener Handlungsmöglichkeiten liegt.
- *Einbringen des wissenschaftlichen Ethos*: Akademikerinnen folgen einer Wahrheitsverpflichtung und haben professionelle Standards ein-

34 Siehe hier auch Blackshaw et al (2016).

zuhalten (Transparenz, Unabhängigkeit, Offenheit für andere Perspektiven, epistemische Bescheidenheit). Akademiker sind in Multiperspektivität, Selbstreflexion und öffentlicher Deliberation eingeübt, was sie dazu prädestiniert, sich in den SDG-Prozess einzuschalten.

- *Beteiligung und politisches Engagement*: Akademikerinnen sollten sich somit auf den verschiedenen Ebenen in die Implementierungs-, Monitoring- und Entwicklungsprozesse einschalten bzw. diese kritisch begleiten. Sie sind in einer privilegierten Position, um sich auch direkt politisch für die Umsetzung der SDG-Ziele einzusetzen, ganz gleich, ob sie dies im Rahmen des Effektiven Altruismus oder über andere Initiativen tun.

Literaturverzeichnis

- Adler, E. (1997). Seizing the middle ground: constructivism in world politics. *European journal of international relations*, 3(3): 319-363.
- Blackshaw, R., R. Lepenies und H. Max (2016). Why we need independent critique to achieve the SDG: the role of academics. *Agence Francaise de Développement, Ideas for Development Blog*. February 4, 2016.
- Cartwright, N. (2006). Well Ordered Science: Evidence for use. *Philosophy of Science*, 73(5): 981-990.
- Camacho, L. (2015). Sustainable Development Goals: kinds, connections and expectations. *Journal of Global Ethics*, 11:1: 18-23.
- Caney, S. (2012). Addressing Poverty and Climate Change: The Varieties of Social Engagement. *Ethics & International Affairs*, 26 (2): 191-216.
- Cooney, N. (2015). *How To Be Great At Doing Good: Why Results Are What Count and How Smart Charity Can Change the World*. John Wiley & Sons.
- Erman, E. und N. Möller (2013). Three Failed Charges against Ideal Theory, *Social Theory and Practice*, 39: 19-44.
- Fukuda-Parr, S. und D. McNeill (2015). Post 2015: a new era of accountability?, *Journal of Global Ethics*, 11:1: 10-17.
- Gasper, D. (2012). Development ethics – Why? What? How? A formulation of the field. *Journal of Global Ethics*, 8:1: 117-135.
- Geuss, R. (2008). *Philosophy and Real Politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Gilbert, P. (2012). Comparative Assessments of Justice, Political Feasibility, and Ideal Theory, *Ethical Theory and Moral Practice*. 15: 39-56.
- Goodin, R. E. (1995). Political Ideals and Political Practice. *British Journal of Political Science*, 25: 37-56.
- Haack, S. (2011). *Defending science-within reason: Between scientism and cynicism*. Prometheus Books.

- Haack, S. (2012). Six signs of scientism. *Logos & Episteme*, 3(1): 75-95.
- Keck, M. E. und K. Sikkink (1998). *Activists beyond borders: Advocacy networks in international politics*. Cambridge University Press.
- Kitcher, P. (2003). *Science, truth, and democracy*. Oxford University Press.
- Krasner, S. D. (1983). *Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables, International Regimes*. S. Krasner (Hrsg.), Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Jubb, R. und A. F. Kurtulmus (2012). No Country for Honest Men: Political Philosophers and Real Politics. *Political Studies*, 60(3): 539-556.
- MacAskill, W. (2015). *Doing Good Better: How Effective Altruism Can Help You Make a Difference*. Random House.
- MacFarquhar, L. (2015). *Strangers Drowning: Grappling With Impossible Idealism, Drastic Choices, and the Overpowering Urge to Help*. Penguin Press.
- Malavisi, A. (2014). The need for an effective development ethics, *Journal of Global Ethics*, 10:3: 297-303.
- Merton, R. K. (1979). *The Sociology of Science: Theoretical and Empirical Investigations*. University of Chicago Press.
- Narayan-Parker, D. und R. Patel (2000). *Voices of the poor: can anyone hear us? (Vol. 1)*. World Bank Publications.
- Nili, S. (2016). Liberal Global Justice and Social Sciences. *Review of International Studies*, 42 (01): 136-155.
- Phillips, M. (1985). Reflections on the Transition From Ideal to Non-Ideal Theory, *Noûs*, 19: 551-570.
- Pogge, T. und L. Cabrera (2012). Outreach, Impact, Collaboration: Why Academics Should Join to Stand Against Poverty. *Ethics & International Affairs*, 26(02): 163-182.
- Pogge, T. (2011). *Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen*, Berlin.
- Pogge, T. und M. Sengupta (2015). The Sustainable Development Goals: a plan for building a better world?, *Journal of Global Ethics*, 11:1: 56-64.
- Pogge, T. (2010). Armenhilfe ins Ausland, in: Broszies/Hahn (Hg.): *Globale Gerechtigkeit*, Berlin: 263-301.
- Pogge, T. (2009). The Health Impact Fund and Its Justification by Appeal to Human Rights, *Journal of Social Philosophy*, 40: 542-569.
- Pogge, T. (2000). The International Significance of Human Rights, *Journal of Ethics*, 4: 45-69.
- Pogge, T. (1998). »Menschenrechte als moralische Ansprüche an globale Institutionen«, in: Gosepath/Lohmann (Hg.). *Philosophie der Menschenrechte*, Frankfurt/Main: 378-400.
- Pongiglione, F. (2015). The need for a priority structure for the Sustainable Development Goals, *Journal of Global Ethics*, 11:1: 37-42.
- Rawls, J. (1999). *The Law of Peoples*. Cambridge, MA, Harvard University Press.
- Rawls, J. (1979 [1971]). *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt/Main, Suhrkamp.

- Risse, T. (2000). »Let's argue!«: communicative action in world politics. *International organization*, 54(01): 1-39.
- Robeyns, I. (2008). »Ideal Theory in Theory and Practice«, *Social Theory and Practice*, 34: 341-62.
- Schmidt, V. A. (2013). Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and »Throughout«, *Political Studies*, 61(1): 2-22.
- Sen, A. (2009). *The Idea of Justice*, Harvard University Press.
- Sen, A. (2006). »What do We Want from a Theory of Justice?«, *The Journal of Philosophy*, 5: 215-238.
- Simmons, J. A. (2010). Ideal and Nonideal Theory, *Philosophy and Public Affairs*, 38: 5-36.
- Singer, P. (1972). Famine, affluence, and morality. *Philosophy & Public Affairs*: 229-243.
- Singer, P. (2009). *The life you can save: Acting now to end world poverty*. Random House.
- Singer, P. (2015). *The Most Good You Can Do: How Effective Altruism Is Changing Ideas About Living Ethically*. Yale University Press.
- Stemplowska, Z. (2008). What is Ideal about Ideal Theory?, *Social Theory and Practice*, 34: 363-387.
- Surel, Y. (2000). The role of cognitive and normative frames in policy-making. *Journal of European public policy*, 7(4): 495-512.
- Tetlock, P. (2005). *Expert political judgment: How good is it? How can we know?*. Princeton University Press.
- Valentini, L. (2012). Ideal vs. Non-ideal Theory: A Conceptual Map, *Philosophy Compass*, 7/9: 654-664.
- van der Vossen, B. (2015). In defense of the ivory tower: Why philosophers should stay out of politics. *Philosophical Psychology*. 28:7: 1045-1063.
- Weber, M. (1991 [1904]). »Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis«, in: *Schriften zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. u. eingeleitet v. Michael Sukale. Stuttgart, Reclam.
- Weber, M. (1991 [1907]). »Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften«, in: *Schriften zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. u. eingeleitet v. Michael Sukale. Stuttgart, Reclam.
- Weber, M. (1994). *Studienausgabe. Wissenschaft als Beruf [1917/1919], Politik als Beruf [1919]*, hrsgg. von WJ Mommsen und W. Schluchter, Tübingen, JCB Mohr (Paul Siebeck).
- Ypi, L. (2010): On the Confusion between Ideal and Non-ideal in Recent Debates on Global Justice, *Political Studies* 58: 536-555.